

1972



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss
 Décision
 Decisione

2 1. Okt. 1992

Vergabe einer Finanzhilfe an Litauen, Lettland und Estland

Aufgrund des Antrages des EVD vom 29. September 1992
 Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Gewährung einer Finanzhilfe an Litauen, Lettland und Estland in der Höhe von 30 Mio SFr. als nicht-rückzahlbarer Finanzierungszuschuss sowie die Erteilung von Kreditgarantien für Exporte in diese Länder im Umfang von 30 Mio. SFr. wird gutgeheissen und dem Rahmenkredit II (800 Mio. SFr.) über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten (BB vom 28. Januar 1992) belastet.
2. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird zur Aushandlung des Finanzhilfeabkommens ermächtigt.
3. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft oder die von ihm bezeichnete schweizerische diplomatische Vertretung wird ermächtigt, das Finanzhilfeabkommen zu unterzeichnen. Das Abkommen tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.
4. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die notwendigen Vollmachten auszustellen.
5. Die aus diesen Verpflichtungen resultierenden Zahlungen werden dem Budget des BAWI (Rubrik 703.3600.250) belastet.

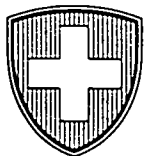
Für getreuen Protokollauszug:

Muscat Müller

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	10	-
		EDI		
		EJPD		
		EMD		
	X	EFD	7	-
X		EVD	5	-
		EVED		
	X	BK	1	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-

Dodis





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

2310.1

Bern, 29. September 1992

An den Bundesrat

Finanzhilfe an die drei baltischen Republiken

1. Gegenstand des Antrags

Mit dem vorliegenden Antrag ersuchen wir Sie

- um die Ermächtigung zum Abschluss eines Finanzhilfeabkommens in der Höhe von 30 Mio. SFr.¹ mit den drei baltischen Republiken Litauen, Lettland und Estland sowie
- um die Zustimmung, einen Betrag von 30 Mio. SFr. für die Übernahme von Kreditgarantien - an Stelle der ERG - zur Deckung kommerzieller Exportkredite für Lieferungen nach dem Baltikum zu verpflichten.

Die Durchführung der Finanzhilfe in Form nicht-rückzahlbarer Finanzierungszuschüsse sowie der Gewährung von Exportkreditgarantien² stützt sich auf die Botschaft über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten vom 23. September 1991 (Rahmenkredit II: 800 Mio. SFr.) und dem dazugehörigen - durch das Parlament am 28. Januar 1992 verabschiedeten - Bundesbeschluss sowie die Verordnung über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten vom 6. Mai 1992³.

-
1. Der Betrag von 30 Mio. SFr. wird - je nach den anfallenden prioritären Projektfinanzierungsanträgen - auf die drei baltischen Republiken verteilt.
 2. Die Gewährung von Exportrisikogarantien stützt sich im besonderen auf das Bundesgesetz über die ERG vom 26. September 1958, die dazugehörige Verordnung vom 15. Januar 1969, deren Revision vom 5. April 1989 sowie die Verfügung des EVD vom 15. März 1985.
 3. Ersetzt die Verordnung über die Massnahmen zur verstärkten Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten vom 23. Mai 1990

2. Zweck der Finanzhilfe

Ziel der schweizerischen Finanzhilfe ist es, den drei baltischen Republiken wirkungsvolle Unterstützung beim Aufbau eigener Staatsstrukturen, bei der wirtschaftlichen Emanzipation gegenüber der ehemaligen Sowjetunion und beim Übergang zur Marktwirtschaft anzubieten sowie die mit dem Umstrukturierungsprozess verbundenen volkswirtschaftlichen und sozialen Kosten mittragen zu helfen. Eingebunden in unsere aussenwirtschaftlichen Beziehungen soll sie zur Stabilisierung und Eingliederung des Baltikums in das Weltwirtschaftssystem - und im besonderen - den westeuropäischen Wirtschaftsraum beitragen.

2.1. Finanzierungszuschüsse

Durch sogenannte nicht-rückzahlbare Finanzierungszuschüsse soll der Fremdwährungsanteil prioritärer - nicht kommerziell finanzierbarer - Projekte im Baltikum übernommen werden. Für schweizerische Lieferanten besteht in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, konkurrenzfähige Angebote zu machen.

Finanzierungszuschüsse werden auf der Basis von bilateralen Rahmenverträgen mit den jeweiligen Empfängerländern abgewickelt. Mit Litauen wurde ein solches Finanzhilfeabkommen am 10. August 1992 in Vilnius paraphiert⁴; mit Estland am 14. August 1992 in Tallinn⁵; mit Lettland am 28. August in Riga⁶.

Ausgangspunkt für die Hilfeleistung sind die von Litauen, Lettland und Estland geltend gemachten Bedürfnisse und Prioritäten, die es mit dem Leistungsangebot der schweizerischen Wirtschaft zu koppeln gilt.

Bedürfnisabklärungen⁷ in den drei baltischen Republiken haben gezeigt, dass als mögliche Einsatzbereiche der nicht-rückzahlbaren Finanzierungszuschüsse die Sektoren Gesundheit, Sozialwesen, Umwelt und Infrastruktur (Energie, Telekommunikation, Transport) in Frage kommen. Erste Projektvorschläge wurden bereits anlässlich der Paraphierung der Finanzhilfeabkommen durch die litauischen, lettischen und estischen Behörden unterbreitet. Es ist vorgesehen, dass die baltischen Empfänger konkurrenzfähiger schweizerischer Lieferungen wenigstens einen Teil des Kaufpreises in lokaler Währung in einen Gegenwertfonds einbezahlen müssen. Die so geäußerten Mittel können ihrerseits - zusätzlich zu oben genannten Sektoren - zur Finanzierung von dringlicher humanitärer Hilfe und Projekten im Sozialbereich sowie zur Exportförderung verwendet werden⁸.

-
4. siehe Beilage I
 5. siehe Beilage II
 6. siehe Beilage III
 7. vgl. Beilage I / II / III: Art. 3.2.
 8. vgl. Beilage I / II / III: Art. 4.1.

2.2. Kreditgarantien

Bedürfnisabklärungen im Baltikum haben ebenfalls gezeigt, dass zur Ankurbelung des Handels zwischen der Schweiz und den drei Republiken, Exportfinanzierungen - wegen Ausfall der ERG aus Eigenwirtschaftlichkeitsgründen in diesen Ländern - durch den Bund garantiert werden sollten.

Solche Kreditgarantien sollten den Balten erlauben, für den wirtschaftlichen Aufbau dringend notwendige Einfuhren zu tätigen. Prioritäre Berücksichtigung finden dabei Lieferungen und Dienstleistungen an den Privatsektor sowie solche zur Förderung der privatwirtschaftlichen Exportkapazität. Spezielle zwischenstaatliche Abkommen mit den drei baltischen Republiken sind für die Gewährung von Kreditgarantien nicht nötig.

Die administrative Abwicklung der Garantieerteilung erfolgt - nach vorgängiger Bewilligung der Garantieanträge durch das BAWI - über die ERG in Zürich, deren Rechtsgrundlagen entsprechend auch die Verpflichtungen der Exporteure regelt.

3. Koordination der internationalen Hilfe

Im Winter 1991/92 hat die internationale Staatengemeinschaft dem Baltikum in erster Linie humanitäre Hilfe in Form von dringend notwendigen Medikamenten, Nahrungsmitteln und Heizöl zukommen lassen. Seit Januar dieses Jahres läuft ein EG PHARE-Programm in den Bereichen Finanz- und Bankensystem, Gesetzgebung sowie Restrukturierung des Landwirtschafts- und Industriesektors. Der in Riga stationierte PHARE-Koordinator kümmert sich ebenfalls um die Koordination der Unterstützungsbemühungen im Rahmen der G-24. Seit dem Sommer 1992 sind alle drei baltischen Republiken Mitglieder der Bretton Woods Institutionen und gelangen in den Genuss von Strukturanpassungsempfehlungen und -hilfen sowie der Finanzierung von kritischen Importen im Energie-, Pharma- und Landwirtschaftsbereich. Die Koordination der Zentralbankenunterstützung wird ebenfalls durch die Bretton Woods Institutionen übernommen. Die BERD ist in erster Linie im Energiesektor tätig. Unterstützung im Umwelt/Energiebereich erfolgt im speziellen von seiten der Nordiker.

Die beantragte schweizerische Finanzhilfe erfolgt im Einklang mit diesen Anstrengungen. Vorgängig konnten bereits Investitionsschutzabkommen mit allen drei Republiken ausgehandelt werden. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen wurden ebenfalls kürzlich aufgenommen. Neben umfassender schweizerischer technischer Zusammenarbeit im Bankensektor (Ausbildung im Bereich Zentral- und Geschäftsbanken, Bankenüberwachungssystem) in allen drei Staaten kam Lettland spezielle Unterstützung im Aufbau eines eigenen Aussenministeriums zu.

4. Wirtschaftliche und politische Lage in den drei baltischen Republiken

Die Wirtschaftslage in Litauen, Lettland und Estland ist prekär. Durch den Übergang zur Marktwirtschaft hat sich die Wirtschaftsleistung - wie in allen ehemals kommunistischen Staaten - vermindert. Nachteilig wirkt sich ebenfalls die schwache Ausstattung mit eigenen natürlichen Ressourcen, wie die Vergangenheit am Beispiel der im April 1990 verhängten Wirtschaftsblockade gegen Litauen als Reaktion auf dessen Unabhängigkeitserklärung deutlich zeigt. Nach nur zwei Monaten Blockade stand das Land vor dem Zusammenbruch. Aufgrund extremer Energieknappheit mussten damals unzählige Betriebe die Produktion einstellen; der Energieverbrauch im privaten Bereich wurde drastisch reduziert. An dieser wirtschaftlichen Abhängigkeit von der ehemaligen Sowjetunion - insbesondere von Russland - hat sich auch nach der offiziellen Unabhängigkeit nichts geändert.

Baltische Wirtschaftsexperten sehen diese Abhängigkeit jedoch in erster Linie als Konsequenz einer jahrzehntelangen gezielten Ausbeutung durch Moskau. Sie machen das ihnen aufgezwungene sowjetische Wirtschaftssystem und nicht die fehlenden Ressourcen für die Misere verantwortlich. Das Abgleiten von einer - für europäische Vorkriegsverhältnisse - relativ wohlhabenden in eine Mangelgesellschaft wird auf nachfolgende Faktoren zurückgeführt: die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft; die rücksichtslose Industrialisierung, für die hundertausende russischer Arbeiter mit ihren Familien im Baltikum angesiedelt wurden; der Aufbau staatseigener "All-Unions-Betriebe" und Kolchosen, deren Führungskräfte die richtige Gesinnung statt fachliche Qualifikationen aufweisen mussten; ein Lohnsystem, das Ausbildung und Leistung regelrecht bestrafte. Man ist überzeugt, dass das Baltikum nach einer gewissen Übergangszeit wirtschaftlich wieder - wie zwischen den beiden Weltkriegen - auf eigenen Beinen stehen kann.

Vorderhand gestaltet sich der Übergang von staatlichen zu marktwirtschaftlichen Strukturen jedoch alles andere als einfach. Mit der Privatisierung, der Preisfreigabe, der Freigabe der Lieferbeziehungen sowie dem Aufbau eines funktionierenden Finanzsystems kommt man nur schleppend voran. Zur sowjetischen Erbfolge gehört auch der Zerfall der Rubel-Währung in Kaufkraft und Aussenwert. Litauen und Lettland haben vorläufig noch auf die Wiedereinführung einer eigenen nationalen Währung verzichtet, weil diese unweigerlich der gleichen dramatischen Inflationsspirale ausgeliefert wäre wie der Rubel. Zwar sollen neu gedruckte Banknoten - statt Rubel "Litas" und "Lats" - in Vilnius und Riga bereitliegen; aber die gegenwärtige Hyperinflation von zwischen 400 und 1000 Prozent im Jahr ist für den Geldumtausch kein erspriessliches Umfeld. Die Abkoppelung vom Rubel und von der in Moskau heisslaufenden Notenpresse ist indessen eine Notwendigkeit, die eines klugen Termins, aber auch westlicher Unterstützungszusicherungen bedarf. Glücklicherweise haben die Baltenrepubliken einen grossen Teil der 1940 noch rechtzeitig ins westliche Ausland geretteten Goldreserven wieder zurückerhalten, was den Währungsumtausch sehr erleichtern dürfte. Estland hat am 20. Juni dieses Jahres den Sprung in ein unabhängiges Währungssystem gewagt und den Rubel durch eine eigene Währung, die estnische Krone, ersetzt. Diese Einführung einer konvertiblen Währung erweist sich jedoch auf Grund der Wirtschaftsstruktur und der aussenwirtschaftlichen Lage Estlands als problematisch. Westliche Unterstützung - man spricht von etwa 300 Mio. US\$ - zur Abdeckung einer erhöhten Geldmenge, die einen reibungslosen Zahlungsverkehr gewährleisten würde, erscheint unbedingt notwendig. Lettland denkt an eine Einführung des "Lat" in der ersten Hälfte von 1993. Ein Stabilisierungsfonds von G-24/TWF soll dabei helfen.

Die baltischen Staaten sind bestrebt, das einheimische Preis- und Lohnniveau zu stabilisieren. Dies wird den im Gang befindlichen Rückgang von Produktion und Beschäftigung weiter beschleunigen. Ausländische Investitionen wären daher zur Wirtschaftsankurbelung vonnöten. Auf einen Exportboom, der die Binnenwirtschaft anregen könnte, kann kaum gehofft werden, da es zur Zeit an exportfähigen Produkten für den Westmarkt noch fehlt. Neuinvestitionen sind deshalb unerlässlich zur Erlangung technologischer Konkurrenzfähigkeit. Als Vorteil kann die hohe Qualifikation der Arbeitskräfte bezeichnet werden. Die Nutzung dieses Potentials ist jedoch an die Schaffung geeigneter Arbeitsplätze gebunden.

Ein freier Warenverkehr zwischen den drei baltischen Staaten könnte zwar eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Getreide, Fleisch und anderen landwirtschaftlichen bewirken, die Mangelsituation bei den Energieträgern, Metallen und Grundchemikalien aber nicht beheben. Eine von lokalen natürlichen Ressourcen unabhängige, sich auf Neuinvestitionen und Humankapital stützende Wirtschaftsentwicklung dürfte sich daher erst längerfristig realisieren lassen.

Die Umweltverschmutzung zählt auch in den baltischen Staaten zu den gravierendsten Problemen. Wie überall im ehemaligen sowjetischen Machtbereich klaffen Ökonomie und Ökologie weit auseinander. Verantwortlich dafür sind die rücksichtslose Industrieproduktion, die ungeklärten Abfälle aus den Städten sowie die mit Chemikalien völlig überdüngte landwirtschaftliche Nutzfläche. Am schlimmsten ist die Situation im Nordosten von Estland, wo sich die grossen Ölschiefervorkommen befinden. Der Widerspruch zwischen Ökologie und voranzutreibender Wirtschaftsentwicklung wird auch nach der Unabhängigkeit ein Kernproblem der baltischen Gesellschaft bleiben.

Politische Sorge Nummer eins ist der Rückzug russischer Truppen (insgesamt ca. 100'000 Mann) aus dem Baltikum. Zwar hatte Präsident Jelzin deren Abzug anlässlich des KSZE-Gipfeltreffens in Helsinki von diesem Sommer in Aussicht gestellt, über den genauen Fahrplan konnte bis anhin jedoch noch keine Einigung erzielt werden. Während die Balten einen vollständigen Abzug bis Jahresende fordern, ist Moskau dazu erst 1994 bereit. Die Bereithaltung von Wohnräumen und Arbeitsplätzen für die heimkehrenden Militärs bietet für Russland grosse Schwierigkeiten. Infolge des höheren Lebensstandards im Baltikum wollen auch viele der betroffenen Offiziere und Wehrpflichtigen in der Regel lieber nicht in die GUS-Staaten zurückkehren. Zudem ist ihre Loyalität gegenüber den Befehlshabern in Moskau teilweise zweifelhaft. Die Präsenz solcher Truppen stellt einen nicht zu unterschätzenden innenpolitischen - und im Falle eines Umsturzes des Moskauer Regimes auch einen aussen- bzw. sicherheitspolitischen - Unsicherheitsfaktor dar.

Das zweite Problem politischer Natur ist mit dem grossen Bevölkerungsanteil von Russen - insbesondere in Lettland (34%) und Estland (30%) - verbunden. Das innenpolitische Konfliktpotential - sozialer und politischer Natur - einer totalen ausländischen Wohnbevölkerung von 40 bis 50 Prozent, deren Mehrheit aus dem Land des bisherigen Unterdrückers und Ausbeuters stammt, lässt sich erahnen. Letztlich wird weniger die formelle Frage der Staatsangehörigkeit als die effektive Behandlung der Minderheiten dafür entscheidend sein, ob die ethnischen Gruppierungen den Weg der Integration oder der Konfrontation beschreiten werden.

5. Datum des Inkrafttretens

Das Finanzhilfeabkommen tritt mit der Unterzeichnung in Kraft.

6. Ämterkonsultation

Die vorgeschlagenen Unterstützungsmassnahmen wurden vom interdepartementalen Programmkomitee für die Hilfe an Mittel- und Osteuropa an seiner Sitzung vom 11. Juli 1992 gutgeheissen. Der vorliegende Antrag findet die Zustimmung des Departementes für auswärtige Angelegenheiten sowie der Eidgenössischen Finanzverwaltung.

7. Antrag

Eine Unterstützung Litauens, Lettlands und Estlands im Rahmen der schweizerischen Osthilfe ist unter dem Aspekt der dortigen wirtschaftlichen Emanzipationsbestrebungen gegenüber der ehemaligen Sowjetunion, der Wirtschaftsumstrukturierung und des damit verbundenen demokratischen Entwicklungsprozesses gerechtfertigt. Gestützt auf den vorliegenden Antragsentwurf, bitten wir um Ermächtigung zum Abschluss eines Finanzhilfeabkommens mit den drei baltischen Republiken im Umfang von 30 Mio. SFr. sowie um die Zustimmung zur Erteilung von Kreditgarantien für Exporte nach dem Baltikum im Umfang von 30 Mio. SFr..

Der Beträge werden dem Rahmenkredit von 800 Mio. SFr. für die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten vom 28. Januar 1992 belastet. (Rubrik 0703.3600.250)

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Jean-Pascal Delamuraz

Beilagen: Beschlussdispositiv
 Beilage I (paraphiertes Finanzhilfeabkommen mit Litauen vom 10. Aug. 1992)
 Beilage II (paraphiertes Finanzhilfeabkommen mit Lettland vom 28. Aug. 1992)
 Beilage III (paraphiertes Finanzhilfeabkommen mit Estland vom 14. Aug. 1992)

Zum Mitbericht an:

EDA: Pol Abt. I

EFD: Eidg. Finanzverwaltung

Protokollauszug an:

Bundeskanzlei (2)

EDA (9): Generalsekretariat (3), Pol. Direktion (3), Büro für Zusam. mit Osteuropa (3)

EFD (6): Generalsekretariat (3), Eidg. Finanzverwaltung (3)

EVD (14): Generalsekretariat (4), BAWI (10)

Vergabe einer Finanzhilfe an Litauen, Lettland und Estland

Aufgrund des Auftrages des EVD vom 29. September 1992

Aufgrund des Mitberichtverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Gewährung einer Finanzhilfe an Litauen, Lettland und Estland in der Höhe von 30 Mio SFr. als nicht-rückzahlbarer Finanzierungszuschuss sowie die Erteilung von Kreditgarantien für Exporte in diese Länder im Umfang von 30 Mio. SFr. wird gutgeheissen und dem Rahmenkredit II (800 Mio. SFr.) über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten (BB vom 28. Januar 1992) belastet.
2. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft wird zur Aushandlung des Finanzhilfeabkommens ermächtigt.
3. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft oder die von ihm bezeichnete schweizerische diplomatische Vertretung wird ermächtigt, das Finanzhilfeabkommen zu unterzeichnen. Das Abkommen tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.
4. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die notwendigen Vollmachten auszustellen.
5. Die aus diesen Verpflichtungen resultierenden Zahlungen werden dem Budget des BAWI (Rubrik 703.3600.250) belastet.

Für getreuen Auszug,

Der Protokollführer:

Pressemitteilung**Bundesrat beschliesst Finanzhilfe und Kreditgarantien an die drei baltischen Republiken Litauen, Lettland und Estland**

Der Bundesrat hat beschlossen, den drei baltischen Republiken Litauen, Lettland und Estland einen Betrag von 30 Mio. SFr. für Kreditgarantien sowie eine nicht-rückzahlbare Finanzhilfe im Umfang von 30 Mio. SFr. zu gewähren. Die Durchführung dieser Massnahmen durch das BAWI stützt sich auf den Bundesbeschluss über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten vom 28. Januar 1992.

Ziel der schweizerischen Hilfe ist es, den drei baltischen Republiken wirkungsvolle Unterstützung beim Übergang zu einem marktwirtschaftlichen, von der ehemaligen Sowjetunion unabhängigen System anzubieten und die damit verbundenen volkswirtschaftlichen und sozialen Kosten mittragen zu helfen. Die nicht-rückzahlbaren Finanzierungszuschüsse werden prioritären Projekten in den Bereichen Gesundheit, Sozialwesen, Umwelt und Infrastruktur (Energie, Telekommunikation, Transport) zufließen. Die Kreditgarantien sollen den Balten erlauben, für den wirtschaftlichen Aufbau dringend notwendige Einfuhren zu tätigen. Prioritäre Berücksichtigung finden dabei Lieferungen an den Privatsektor sowie solche zur Förderung der privatwirtschaftlichen Exportkapazität. Die administrative Abwicklung der Garantieerteilung erfolgt - nach vorgängiger Bewilligung der Garantieanträge durch das BAWI - über die ERG in Zürich.

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
Presse- und Informationsdienst

Auskünfte: Daniel Stauffacher / Elisabeth Frey, BAWI (Sektion Finanzhilfe für Mittel- und Osteuropa, Tel. 031 61 23 18 / 61 23 87)

Communiqué de Presse**Décision du Conseil fédéral pour l'octroi d'une aide financière et des garanties de crédit en faveur des trois Républiques baltes: la Lituanie, la Lettonie et l'Estonie**

Le Conseil fédéral a décidé d'accorder à la Lituanie, à la Lettonie et à l'Estonie un montant de 30 mio sfr. pour des garanties de crédit ainsi qu'une aide financière non-remboursable s'élevant à 30 mio sfr..L'application de ces mesures par l'OFAEE est basée sur l'Arrêté fédéral concernant la poursuite de la coopération renforcée avec les Etats d'Europe centrale et orientale du 28 janvier 1992.

Le but de l'aide suisse est de soutenir la transition des trois pays baltes vers des économies de marché indépendantes de l'ancienne Union Sovjétique et d'atténuer les coûts économiques et sociaux liés au processus de la restructuration. L'aide financière non-remboursable sera consacrée à des projets prioritaires dans les domaines de la santé, des services sociaux, de l'environnement et des infrastructures (énergie, télécommunications, transports). Les garanties de crédit faciliteront aux Baltes de faire les importations nécessaires au développement économique. La priorité sera accordée aux livraisons au secteur privé ainsi qu'à celles destinées à la promotion de la capacité d'exportation de ce secteur. Le bureau de la GRE à Zurich sera chargé de l'administration des demandes de garanties, une fois approuvées par l'OFAEE.

DEPARTEMENT FEDERAL DE L'ECONOMIE PUBLIQUE
Service de presse et d'information

Renseignements: Daniel Stauffacher / Elisabeth Frey, BAWI (Section de l'aide financière aux pays d'Europe centrale et orientale, tel. 031 61 23 18 / 61 23 87)

A G R E E M E N T

BETWEEN

THE GOVERNMENT OF THE SWISS CONFEDERATION

AND

THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF LITHUANIA
ON THE GRANTING OF FINANCIAL ASSISTANCE

Alex

Jm

The Government of the Swiss Confederation and the Government of the Republic of Lithuania,

Having regard to the friendly relations between the two countries,

Desirous of strengthening these relations and the fruitful cooperation between the two countries,

Intending to promote further the on-going democratization process in .

Have agreed as follows:

Article 1

Definitions

In this Agreement, unless the context otherwise requires, the following terms shall have the following meanings:

- a. "Swiss Government" means Government of the Swiss Confederation;
- b. "Lithuanian Government" means Government of the Republic of Lithuania,
- c. "Contribution" means the contribution granted by the Swiss Confederation under this Agreement;
- d. "Contracting Parties" means the Swiss Government and the Lithuanian Government.

Article 2

Objective of the Contribution

The objective of the Contribution is to support the transition to a market economy in Lithuania and to mitigate the economic and social cost of adjustment.

Alast

Jm

Article 3Amount and Utilization of the Contribution

3.1. The Swiss Government agrees to make a non-reimbursable contribution to the Lithuanian Government in order to finance the foreign currency costs of imports of goods and services for priority projects, including freight and other services associated with the supply of goods. The contribution will be made on a project to project basis. The total amount will be specified in an exchange of letters. By mutual agreement between the Contracting Parties, a certain percentage of the Contribution can be used to finance local costs and technical assistance necessary for the successful implementation of the projects financed by the Swiss Government.

3.2. The contribution shall be utilized for priority infrastructure and rehabilitation projects. Particular emphasis is to be given to projects in the infrastructure (in particular, energy, telecommunications, transport), health care and environment sectors and to projects favouring the development of the emerging private sector of the economy.

3.3. No proceeds of the Contribution shall be used for the payment of any duties and taxes (import duties, levies and fees of any kind) imposed under the law of the Republic of Lithuania.

Article 4Conditions of the Contribution

4.1. To the extent that local counterpart funds (in local currency) are generated through importers' payments for Swiss goods and services, the Lithuanian Government shall use these funds to finance projects mutually agreed upon, in the sectors such as mentioned in paragraph 3.2 above as well as in the social security sector.

4.2. The terms of the Contribution shall be passed on to the end user according to the standard relending terms of the Lithuania Government or other terms to be mutually agreed upon by the Contracting Parties and taking into account the nature of the project. The onlending terms shall not be less favourable than the terms offered under similar external financing agreements.

Alex

Jm

page 4

Article 5Accounts

5.1. Upon entry into force of this Agreement, the Swiss Government shall open an account with the Swiss National Bank for the Contribution in the name of the Lithuanian Government.

5.2. The Swiss Government shall credit this account with the amount necessary for the Swiss National Bank to effect the payments due under this Agreement.

5.3. The Lithuanian Government shall open a special account with the Bank of Lithuania entitled "Swiss Financial Assistance" for the importers' payments in local currency of counterpart funds after the signing of this Agreement.

Article 6Administration of the Contribution

6.1. The Lithuanian Government shall furnish to the Swiss Government all such relevant information as the Swiss government shall reasonably request, in particular the information indicated in Annex I. Information on the current status of utilization should be provided every 12 months to the Swiss authorities.

6.2. The Lithuanian Government takes or causes to be taken all actions, including the provision of facilities, services and other measures, necessary or appropriate, for carrying out the present Agreement.

6.3. The Lithuanian Government shall maintain or cause to be maintained records adequate to identify the goods and services financed out of the proceeds of the Contribution as well as the local currency counterpart funds mentioned under article 5.3. and to disclose the use and beneficiaries thereof.

6.4. The Lithuanian Government shall maintain separate accounts for the present Agreement and have such accounts controlled and certified. The institution executing such control and certification shall be determined by mutual agreement of the Contracting Parties.

6.5. The Lithuanian Government and the Swiss Government shall exchange views at regular intervals on the progress of the projects financed under the present Agreement during and after their implementation.

Alex

Jm

- 6.6 The Lithuanian Government shall after the final disbursement for the individual transactions, furnish to the Swiss Government a report of such scope and in such detail as the Swiss Government shall reasonably request, on the execution of the projects and the accomplishment of the purpose of the projects, including a certified financial statement on the use of the proceeds of the Contribution. A report shall be furnished to the Swiss Government upon final disbursement of all transactions under the Contribution containing an assessment of the accomplishment of the purpose of the present Agreement, including a certified statement on the use of the Contribution proceeds. These reports should in particular contain updated information according to Annex I.

Article 7

Cancellation, Suspension, Termination

- 7.1 The Lithuanian Government may by written notice to the Swiss Government cancel any amount of the Contribution which it shall not have withdrawn by the closing date, as defined in Article 12.2.
- 7.2 In the event of default by the Lithuanian Government in the fulfillment of any commitment or obligation under the present Agreement, the Swiss Government may suspend in whole or in part, the right of the Lithuanian Government to make withdrawals from the Contribution account and/or cancel the balance of the Contribution.

Article 8

Settlement of Disputes

- 8.1 Disputes as to the interpretation or application of the provisions of the present Agreement which shall not have been settled in a satisfactory way by means of diplomatic negotiations within a period of 3 months shall, upon request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal of three members. Each Contracting Party shall appoint an arbitrator as Chairman who shall be a national of a third country.
- 8.2 If either Contracting Party has not appointed the arbitrator and has not followed the invitation of the other Contracting Party to make the appointment within one month, the arbitrator shall be appointed upon the request of the Contracting Party by the President of the International Court of Justice.
- 8.3 If both arbitrators cannot come to an agreement about the choice of a third arbitrator (Chairman) within two months after their appointment, the latter shall be appointed upon the request of either Contracting Party by the President of the International Court of Justice.

Alert

Jm

page 6

8.4. If in the cases specified under provisions 2 and 3, the President of the International Court of Justice is prevented from carrying out the said function, or if he is a national of either Contracting Party, the appointment shall be made by the Vice-President, and if the latter is prevented, or if he is a national of either Contracting Party, the appointment shall be made by the next senior judge in Court who is not a national of either Contracting Party.

8.5. Subject to other provisions made by the Contracting Parties, the tribunal shall determine its procedure.

8.6. The decisions of the tribunal will be binding for each Contracting Party.

Article 9

Authorities in charge of the Application of the Agreement

The following authorities shall be responsible for the application of the Agreement:

a. On the Swiss side:

Federal Office for Foreign Economic Affairs
Bundeshaus Ost
3003 Bern
Telex 911 340 eda ch

b. On the Lithuanian side:

Lithuanian Ministry of International Economic Relations
Gedimino av.30/1
2695 Vilnius
Tel.: 62 51 37
Fax: 62 54 32
telex: 261149 LMT SU

Allest

Jm

Article 10

Amendments to the Agreement

Amendments to the present Agreement shall be effected by way of exchange of letters between the Contracting Parties.

Article 11

Annex

Annex I constitutes an integral part of this Agreement.

Article 12

Entry into Force and Closing Date

12.1. The present Agreement shall come into force at the date of signature.

12.2. The closing date of the present Agreement shall be two years after the date of signature or such later date as shall be agreed upon by the Contracting Parties.

Done aton the.....1992
in two original copies in English

Alex

Jm

Annex I

Procedures and information requirements for the selection and approval of projects (and programmes) which may be financed under the present Agreement

In the discussions leading to the conclusion of the present Agreement both Contracting Parties reached an understanding regarding the procedures of the selection and approval of the projects (and programmes) which may be financed under the Contribution as mentioned in the present Agreement.

1. Information Requirements

All applications shall be channelled, through the Swiss Embassy in Riga, to the Federal Office for Foreign Economic Affairs and shall contain all necessary information to allow a thorough evaluation of the financing proposals as to their economic, technical, financial, social and ecological impact.

Project applications should therefore include detailed information on inter alia:

- the nature of goods and services to be imported;
- the contribution of these goods and services to the implementation of the overall project/programme: exact scope and objectives of the overall project/programme;
- the economic, technical, financial, social and ecological feasibility of the project/programme, paying particular attention to its impact on the final beneficiaries;
- the contract prize and procurement procedures followed by the importer;
- the capacity of the executing agency to implement the project/programme and the provisions taken for the maintenance of services after the completion of the project/programme.

Relevant preparatory studies and appraisal reports of projects should be made available to the Swiss Authorities at the earliest possible time, but at the latest at the time of the financing request. This procedure should permit both Contracting Parties to reach an agreement in principle before the final contract is signed.

Alast

Jm

page 9

2. Appraisal. Approval and Evaluation Proposals

Before giving final approval, the Swiss Government may conduct a field mission in Lithuania to appraise the proposed project.

Upon project completion the Lithuanian Authorities shall submit to the Swiss Authorities a project completion report. The content of such completion reports shall be determined for each project by mutual agreement.

The Swiss Authorities may send an expert mission to Lithuania to evaluate the individual projects and/or the execution of the Swiss financial assistance programme.

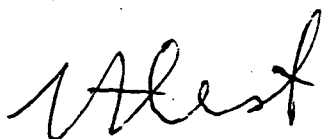
3. Administrative Procedure

The Lithuanian Ministry of International Economic Relations will forward financing requests to the Federal Office for Foreign Economic Affairs via the Swiss Embassy in Riga which will also transmit the Swiss approval. Copy of this approval, as well as of the below-mentioned documents, will be provided by the Federal Office for Foreign Economic Affairs to the Swiss National Bank.

Other than the documents specified under point 1 of Annex I, financing requests must include proforma bills or delivery contracts (FOB, CFR or CIF prices).

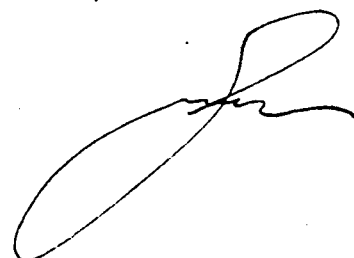
Financial assistance may be put into effect based on either direct payment or letter of credit. In the latter case, fees will be charged to the Swiss side. The chosen means of payment must be indicated on the proforma bills or delivery contracts. The Lithuanian will dispatch direct payment orders to the Swiss National Bank with reference to the above-mentioned approval of the Swiss authorities.

In case of payment by letter of credit, the importer will - as is customary - open a letter of credit with the Swiss National Bank via the Lithuanian.....with reference to the above-mentioned and approved proforma bills and delivery contracts. This will be effected once the importer has been informed by the Lithuanian Ministry of International Economic Relations of the Swiss government's approval to provide financial Assistance. The Swiss National Bank will pay the supplier upon presentation of the documents specified in the letter of credit.



AGREEMENT
BETWEEN
THE GOVERNMENT OF THE SWISS CONFEDERATION
AND
THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF LATVIA
ON THE GRANTING OF FINANCIAL ASSISTANCE

MA

A large, stylized handwritten signature in black ink, located in the lower right quadrant of the page.

The Government of the Swiss Confederation and the Government of the Republic of Latvia,

Having regard to the friendly relations between the two countries,

Desirous of strengthening these relations and the fruitful cooperation between the two countries,

Intending to promote further the on-going democratization process.

Have agreed as follows:

Article 1

Definitions

In this Agreement, unless the context otherwise requires, the following terms shall have the following meanings:

- a. "Swiss Government" means Government of the Swiss Confederation;
- b. "Latvian Government" means Government of the Republic of Latvia,
- c. "Contribution" means the contribution granted by the Swiss Confederation under this Agreement;
- d. "Contracting Parties" means the Swiss Government and the Latvian Government.

Article 2

Objective of Contribution

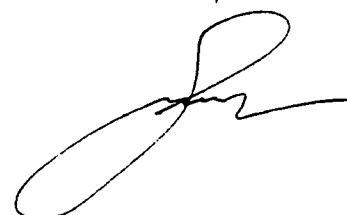
The objective of the Contribution is to support the transition to a market economy in Latvia and to mitigate the economic and social cost of adjustment.

Article 3

Amount and Utilization of the Contribution

- 3.1 The Swiss Government agrees to make a non-reimbursable contribution to the Latvian Government in order to finance the foreign currency cost of imports of goods and service for priority projects, including freight and other services associated with the supply of goods. The Contribution will be made on a project to project basis. The total amount will be specified in an exchange of letters. By mutual agreement between the Contracting Parties, a certain percentage of the contribution can be used to finance local costs and technical assistance necessary for the successful implementation of the projects financed by the Swiss Government.

DA



- 3.2 The contribution shall be utilized for priority infrastructure and rehabilitation projects. Particular emphasis is to be given to projects in the health, environment, energy sectors and to projects favouring the development of the emerging private sector of the economy.
- 3.3 No proceeds of the Contribution shall be used for the payment of any duties and taxes (import duties, levies and fees of any kind) imposed under the law of the Republic of Latvia.

Article 4

Conditions of the Contribution

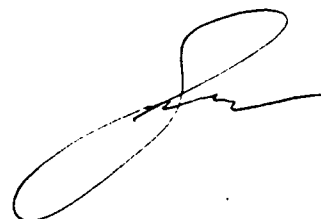
- 4.1 To the extent that local counterpart funds (in local currency) are generated through importers' payments for Swiss goods and services, the Latvian Government shall use these funds to finance projects mutually agreed upon in Article 3.2 or to finance emergency humanitarian needs and social programs.
- 4.2 The terms of the Contribution shall be passed on to the end user according to the standard relending terms of the Latvian Government or other terms to be mutually agreed upon by the Contracting Parties and taking into account the nature of the project. The onlending terms shall not be less favourable than the terms offered under similar external financing agreements.

Article 5

Accounts

- 5.1 Upon entry into force of this Agreement, the Swiss Government shall open an account with the Swiss National Bank for the Contribution in the name of the Latvian Government.
- 5.2 The Swiss Government shall credit this account with the amount necessary for the Swiss National Bank to effect the payments due under this Agreement.
- 5.3 The Latvian Government shall open a special account withentitled "Swiss Financial Assistance" for the importers' payments in local currency of counterpart funds after the signing of this Agreement.

DA



Article 6Administration of the contribution

- 6.1 The Latvian Government shall furnish to the Swiss Government all such relevant information as the Swiss Government shall reasonably request, in particular the information indicated in Annex I. Information on the current status of utilization should be provided every 12 months to the Swiss authorities.
- 6.2 The Latvian Government takes or causes to be taken all actions, including the provision of facilities, services and other measures, necessary or appropriate, for carrying out the present Agreement.
- 6.3 The Latvian Government shall maintain or cause to be maintained records adequate to identify the goods and services financed out of the proceeds of the Contribution and to disclose the use and beneficiaries thereof.
- 6.4 The Latvian Government shall maintain separate accounts for the present Agreement and have such accounts controlled and certified. The institution executing such control and certification shall be determined by mutual agreement of the Contacting Parties.
- 6.5 The Latvian Government and the Swiss Government shall exchange views at regular intervals on the progress of the projects financed under the present Agreement during and after their implementation.
- 6.6 The Latvian Government shall after the final disbursement for the individual transactions, furnish to the Swiss Government a report of such scope and in such detail as the Swiss Government shall reasonably request, on the execution of the projects and the accomplishment of the purpose of the projects, including a certified financial statement on the use of the proceeds of the Contribution. A report shall be furnished to the Swiss Government upon final disbursement of all transactions under the Contribution containing an assessment of the accomplishment of the purpose of the present Agreement, including a certified statement on the use of the Contribution proceeds. These reports should in particular contain updated information according to Annex I.

Article 7Cancellation, Suspension, Termination

- 7.1 The Latvian Government may by written notice to the Swiss Government cancel any amount of the Contribution which it shall not have withdrawn by the closing date, as defined in Article 12.2.

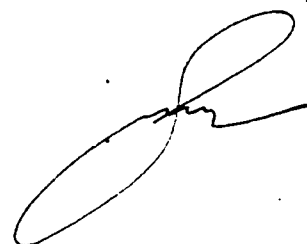
- 7.2 In the event of default by the Latvian Government in the fulfillment of any commitment or obligation under the present Agreement, the Swiss Government may suspend, in whole or in part, the right of the Latvian Government to make withdrawals from the Contribution account and/or cancel the balance of the Contribution.

Article 8

Settlement of Disputes

- 8.1 Disputes as to the interpretation or application of the provisions of the present Agreement which shall not have been settled in a satisfactory way by means of diplomatic negotiations within a period of 3 months shall, upon request of either Contracting Party, be submitted to the arbitral tribunal of three members. Each Contracting Party shall appoint an arbitrator as Chairman who shall be a national of a third country.
- 8.2 If either Contracting Party has not appointed the arbitrator and has not followed the invitation of the other Contracting Party to make the appointment within one month, the arbitrator shall be appointed upon the request of the Contracting Party by the President of the International Court of Justice.
- 8.3 If both arbitrators cannot come to an agreement about the choice of a third arbitrator (Chairman) within two months after their appointment, the latter shall be appointed upon the request of either Contracting Party by the President of the International Court of Justice.
- 8.4 If in the cases specified under provisions 2 and 3, the President of the International Court of Justice is prevented from carrying out the said function, or if he is a national of either Contracting Party, the appointment shall be made by the Vice-President, and if the latter is prevented, or if he is a national of either Contracting Party, the appointment shall be made by the next senior judge in Court who is not a national of either Contracting Party.
- 8.5 Subject to other provisions made by the Contracting Parties, the tribunal shall determine its procedure.
- 8.6 The decisions of the tribunal will be binding for each Contracting Party.

MA



Article 9Authorities in charge of the Application of the Agreement

The following authorities shall be responsible for the application of the Agreement:

- a. On the Swiss side:
Federal Office for Foreign Economic Affairs
Bundeshaus Ost
3003 Bern
Telex 911 340 eda ch Fax: (41) 31-264069
Tel: (41) 31-612318
- b. On the Latvian side:
Ministry for Foreign Affairs
Kr.Valdemāra iela 11a
Riga, Latvia
Telex 161 123 lrxc su Fax: (46) 10 746089
Tel: (0132) 288858

Article 10Amendments to the Agreement

Amendments to the present Agreement shall be effected by way of exchange of the letters between the Contracting Parties.

Article 11Annex

Annex I constitutes an integral part of this Agreement.

Article 12Entry into Force and Closing Date

- 12.1 The present Agreement shall come into force at the date of signature.
- 12.2 The closing date of the present Agreement shall be two years after the date of signature or such later date as shall be agreed upon by the Contracting Parties.

Done at _____ on the _____ 1992 in two original copies in English.

For the Government of the
Swiss Confederation

For the Government of the
Republic of Latvia

DA

Annex I

Procedures and information requirements for the selection and approval of projects and programmes which may be financed under the present Agreement

In the discussions leading to the conclusion of the present Agreement both Contracting Parties reached an understanding regarding the procedures of the selection and approval of the projects and programmes which may be financed under the Contribution as mentioned in the present Agreement.

1. Information Requirements

All applications shall be channelled through the Swiss Embassy in Riga to the Federal Office for Foreign Economic Affairs and shall contain all necessary information to allow a thorough evaluation of the financing proposals as to their economic, technical, financial, social and ecological impact.

Project applications should therefore include detailed information on interalia:

- the nature of goods and services to be imported;
- the contribution of these goods and services to the implementation of overall project/programme; exact scope and objectives of the overall project/programme;
- the economic, technical, financial, social and ecological feasibility of the project programme, paying particular attention to its impact on the final beneficiaries;
- the contract prize and procurement procedures followed by the importer;
- the capacity of the executing agency to implement the project/programme and the provisions taken for the maintenance of services after the completion of the project/programme.

Relevant preparatory studies and appraisal reports of projects should be made available to the Swiss Authorities at the earliest possible time, but at the latest at the time of the financing request. This procedure should permit both Contracting Parties to reach an agreement in principle before the final contract is signed.

2. Appraisal, Approval and Evaluation Proposals

Before giving final approval, the Swiss Government may conduct a field mission in Latvia to appraise the proposed project.

Upon project completion the Latvian Authorities shall submit to the Swiss Authorities a project completion report. The content of such completion reports shall be determined for each project by mutual agreement.

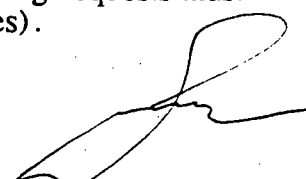
The Swiss Authorities may send an expert mission to Latvia to evaluate the individual projects and or the execution of the Swiss financial assistance programme.

3. Administrative Procedure

The Latvian Ministry for Foreign Affairs will forward financing requests to the Federal Office for Foreign Economic Affairs via the Swiss Embassy in Riga which will also transmit the Swiss approval. A copy of this approval, as well as of the below-mentioned documents, will be provided by the Federal Office for Foreign Economic Affairs to the Swiss National Bank.

Other than the documents specified under point 1 of Annex I, financing requests must include proforma bills or delivery contracts (FOB, CFR or CIF prices).

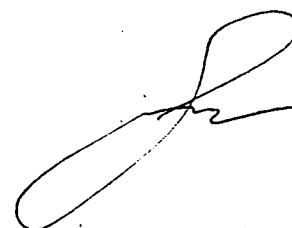
MA



Financial assistance may be put into effect based on either direct payment or letter of credit. In the latter case, fees will be charged to the Swiss side. The chosen means of payment must be indicated on the proforma bills or delivery contracts. The Latvian will dispatch direct payment orders to the Swiss National Bank with reference to the above-mentioned approval of the Swiss authorities.

In case of payment by letter of credit, the importer will - as is customary - open a letter of credit with the Swiss National Bank via the Latvian with reference to the above-mentioned and approved proforma bills and delivery contracts. This will be effected once the importer has been informed by the Latvian Ministry for Foreign Affairs, of the Swiss government's approval to provide financial assistance. The Swiss National Bank will pay the supplier upon presentation of the documents specified in the letter of credit.

MA



AGREEMENT
BETWEEN
THE GOVERNMENT OF THE SWISS CONFEDERATION
AND
THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF ESTONIA
ON THE GRANTING OF FINANCIAL ASSISTANCE

17
7/16

[Handwritten signature]

The Government of the Swiss Confederation and the Government of the Republic of Estonia,

Having regard to the friendly relations between the two countries,

Desirous of strengthening these relations and the fruitful cooperation between the two countries,

Intending to promote further the on-going democratization process in Estonia,

Have agreed as follows:

Article 1

Definitions

In this Agreement, unless the context otherwise requires, the following terms shall have the following meanings:

- a. "Swiss Government" means Government of the Swiss Confederation;
- b. "Estonian Government" means Government of the Republic of Estonia;
- c. "Contribution" means the contribution granted by the Swiss Confederation under this Agreement;
- d. "Contracting Parties" means the Swiss Government and the Estonian Government;
- e. "Closing Date" means the last day on which the Estonian Government can submit a proposal to the Swiss Government.

Article 2

Objective of the Contribution

The objective of the Contribution is to support the transition to a market economy in Estonia and to mitigate the economic and social cost of adjustment.

MAG

JRK

Article 3

Amount and Utilization of the Contribution

- 3.1. The Swiss Government agrees to make a non-reimbursable Contribution to the Estonian Government to finance the foreign currency costs of imports of goods and services for priority projects, including freight and other services associated with the supply of goods. The Contribution will be made on a project to project basis. The total amount will be specified in an exchange of letters. By mutual agreement between the Contracting Parties, a certain percentage of the Contribution can be used to finance local costs and technical assistance necessary for the successful implementation of the projects financed by the Swiss Government.
- 3.2. The Contribution shall be utilized for priority infrastructure and rehabilitation projects. Particular emphasis is to be given to projects in the social, health care, environment and infrastructure sectors and to projects favouring the development of the emerging private sector of the economy.
- 3.3. No proceeds of the Contribution shall be used for the payment of any duties and taxes (import duties, levies and fees of any kind) imposed under the law of the Republic of Estonia.

Article 4

Conditions of the Contribution

- 4.1. To the extent that local counterpart funds (in local currency) are generated through importers' payments for Swiss goods and services, the Estonian Government shall use these funds to finance projects mutually agreed upon in the sectors such as social protection and export promotion.
- 4.2. The terms of the Contribution shall be passed on to the end user according to the standard relending terms of the Estonian Government or other terms to be mutually agreed upon, by the Contracting Parties and taking into account the nature of the project. The relending terms shall not be less favourable than the terms offered under similar external financing agreements.

17
JAG

PK

Article 5

Accounts

- 5.1. Upon entry into force of this Agreement, the Swiss Government shall open an account with the Swiss National Bank for the Contribution in the name of the Estonian Government.
- 5.2. The Swiss Government shall credit this account with the amount necessary for the Swiss National Bank to effect the payments due under this Agreement.
- 5.3. The Estonian Government shall open a special account with the Eesti Sotsiaalpank in Tallinn entitled "Swiss Financial Assistance" for the importers' payments in local currency of counterpart funds after the signing of this Agreement.

Article 6

Administration of the Contribution

- 6.1. The Estonian Government shall furnish to the Swiss Government all such relevant information as the Swiss government shall reasonably request, in particular the information indicated in Annex I. Information on the current status of utilization should be provided every 12 months to the Swiss authorities.
- 6.2. The Estonian Government shall take or cause to be taken all actions, including the provision of facilities, services and other measures, necessary or appropriate, for carrying out the present Agreement.
- 6.3. The Estonian Government shall maintain or cause to be maintained records adequate to identify the goods and services financed out of the proceeds of the Contribution, as well as the local currency counterpart funds mentioned under Article 5.3., and to disclose the use and beneficiaries thereof.
- 6.4. The Estonian Government shall maintain separate accounts for the present Agreement and have such accounts controlled and certified. The institution executing such control and certification shall be determined by mutual agreement of the Contracting Parties.

JAG

R

- 6.5. The Estonian Government and the Swiss Government shall exchange views at regular intervals on the progress of the projects financed under the present Agreement during and their implementation.
- 6.6. The Estonian Government shall after the final disbursement for the individual transactions, and upon final disbursement of all transactions, furnish to the Swiss Government a report of such scope and such detail as the Swiss Government shall reasonably request, on the execution of the projects and the accomplishment of the purpose of the projects, including a certified financial statement on the use of the proceeds of the Contribution. These reports should in particular contain updated information according to Annex I.

Article 7

Cancellation, Suspension, Termination

- 7.1. The Estonian Government may by written notice to the Swiss Government cancel any amount of the Contribution which it shall not have withdrawn by the closing date, as defined in Article 12.2.
- 7.2. In the event of default by the Estonian Government in the fulfilment of any commitment or obligation under the present Agreement, the Swiss Government may suspend in whole or in part, the right of the Estonian Government to make withdrawals from the Contribution account and/or, upon 10 days notice to Estonia, cancel the balance of the Contribution.

Article 8

Settlement of Disputes

- 8.1. Disputes as to the interpretation or application of the provisions of the present Agreement which shall not have been settled in a satisfactory way by means of diplomatic negotiations within a period of 3 months shall, upon request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal of three members. The Contracting Parties shall jointly appoint an arbitrator as Chairman who shall be a national of a third country.

MAG

PK

- 8.2. If either Contracting Party has not appointed the arbitrator and has not followed the invitation of the other Contracting Party to make the appointment within one month, the arbitrator shall be appointed upon the request of the Contracting Party by the President of the International Court of Justice.
- 8.3. If both arbitrators cannot come to an agreement about the choice of a third arbitrator (Chairman) within two months after their appointment, the latter shall be appointed upon the request of either Contracting Party by the President of the International Court of Justice.
- 8.4. If in the cases specified under provisions 2 and 3, the President of the International Court of Justice is prevented from carrying out the said function, or if he is a national of either Contracting Party, the appointment shall be made by the Vice-President, and if the latter is prevented, or if he is a national of either Contracting Party, the appointment shall be made by the next senior judge in Court who is not a national of either Contracting Party.
- 8.5. Subject to other provisions made by the Contracting Parties, the tribunal shall determine its procedure.
- 8.6. The decisions of the tribunal will be binding for each Contracting Party.

Article 9

Authorities in Charge of the Application of the Agreement

The following authorities shall be responsible for the application of the Agreement:

- a. On the Swiss side:
 Federal Office for Foreign Economic Affairs
 Bundeshaus Ost
 3003 Bern
 Telex 911 340 eda ch
 Fax 31/264069
 Tel 31/612318
- b. On the Estonian side:
 Ministry of Economy
 Suur-Ameerika 1
 EE0100 Tallinn
 Telex 173106 PLAAN SU
 Fax 682097
 Tel 683445

YAG

[Handwritten signature]

Article 10

Amendments to the Agreement

Amendments to the present Agreement shall be effected by way of exchange of letters between the Contracting Parties.

Article 11

Annex

Annex I constitutes an integral part of this Agreement.

Article 12

Entry into Force and Closing Date

12.1. The present Agreement shall come into force at the date of signature.

12.2. The closing date of the present Agreement shall be 2 years after the date of signature or such later date as shall be agreed upon by the Contracting Parties.

Done at..... on the1992
in two original copies in English.

For the Government of
the Swiss Confederation

For the Government of the
Republic of Estonia

Handwritten initials

Handwritten signature

Annex I

Procedures and information requirements for the selection and approval of projects (and programmes) which may be financed under the present Agreement

In the discussions leading to the conclusion of the present Agreement both Contracting Parties reached an understanding regarding the procedures of the selection and approval of the projects (and programmes) which may be financed under the Contribution as mentioned in the present Agreement.

1. Information Requirements

All applications shall be channelled, through the Swiss Embassy in Helsinki, to the Federal Office for Foreign Economic Affairs and shall contain all necessary information to allow a thorough evaluation of the financing proposals as to their economic, technical, financial, social and ecological impact.

Project applications should therefore include detailed information on inter alia:

- the nature of goods and services to be imported;
- the contribution of these goods and services to the implementation of the overall project/programme: exact scope and objectives of the overall project/programme;
- the economic, technical, financial, social and ecological (depending on which ones are relevant) feasibility of the project/programme, paying particular attention to its impact on the final beneficiaries;
- the contract prize and procurement procedures followed by the importer;
- the capacity of the executing agency to implement the project/programme and the provisions taken for the maintenance of services after the completion of the project/programme.

Relevant preparatory studies and appraisal reports of projects should be made available to the Swiss Authorities at the earliest possible time, but at the latest at the time of the financing request. This procedure should permit both Contracting Parties to reach an agreement in principle before the final contract is signed.

JAG

2. Appraisal, Approval and Evaluation Proposals

Before giving final approval, the Swiss Government may conduct a field mission in Estonia to appraise the proposed project.

Upon project completion the Estonian Authorities shall submit to the Swiss Authorities a project completion report. The content of such completion reports shall be determined for each project by mutual agreement.

The Swiss Authorities may send an expert mission to Estonia to evaluate the individual projects and/or the execution of the Swiss financial assistance programme.

3. Administrative Procedure

The Estonian Ministry of Economy of Estonia will forward financing requests to the Federal Office for Foreign Economic Affairs via the Swiss Embassy in Helsinki which will also transmit the Swiss approval. Copy of this approval, as well as of the below-mentioned documents, will be provided by the Federal Office for Economic Affairs to the Swiss National Bank.

Other than the documents specified under point 1 of Annex I, financing requests must include proforma bills or delivery contracts (FOB, CFR or CIF prices).

Financial assistance may be put into effect based on either direct payment or letter of credit. In the latter case, fees will be charged to the Swiss side. The chosen means of payment must be indicated on the proforma bills or delivery contracts. The Estonian will dispatch direct payment orders to the Swiss National Bank with reference to the above-mentioned approval of the Swiss authorities.

In case of payment by letter of credit, the importer will - as is customary - open a letter of credit with the Swiss National Bank via the Estonian with reference to the above-mentioned and approved proforma bills and delivery contracts. This will be effected once the importer has been informed by the Ministry of Economy of Estonia of the Swiss Government's approval to provide financial assistance. The Swiss National Bank will pay the supplier upon presentation of the documents specified in the letter of credit.

FAG

P



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Monsieur Franz B l a n k a r t , Secrétaire d'Etat, ou Monsieur Silvio A r i o l i , Ambassadeur, Délégué aux accords commerciaux, ou Monsieur Rudolf R a m s a u e r , Sous-directeur de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, à signer "l'Agreement between the Government of the Swiss Confederation and the Government of the Republic of Lithuania on the granting of financial assistance".

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 21 octobre 1992

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération:

Le Chancelier de la Confédération:



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Monsieur Silvio A r i o l i , Ambassadeur, Délégué aux accords commerciaux, ou Monsieur Gaudenz R u f , Ambassadeur de Suisse en Lettonie, ou son suppléant, à signer "l'Agreement between the Government of the Swiss Confederation and the Government of the Republic of Latvia on the granting of financial assistance".

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 21 octobre 1992

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération:

Le Chancelier de la Confédération:



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Monsieur Silvio A r i o l i , Ambassadeur, Délégué aux accords commerciaux, ou Monsieur Othmar U h l , Ambassadeur de Suisse en Finlande, ou son suppléant, à signer "l'Agreement between the Government of the Swiss Confederation and the Government of the Republic of Estonia on the granting of financial assistance".

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 21 octobre 1992

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération:

Le Chancelier de la Confédération:



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Monsieur Othmar Uhl, ambassadeur de Suisse en République d'Estonie, ou son suppléant, à signer "l'Agreement between the Government of the Swiss Confederation and the Government of the Republic of Estonia on the granting of financial assistance".

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 21 octobre 1992

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération

Le Chancelier de la Confédération